

Der Weg entsteht beim Laufen, oder die Organisation der Unorganisierbaren



*Die IWW I.U. 460 und die Organisation von illegalen LagerarbeiterInnen
in Brooklyn / New York .*

Hintergründe zu einer Veranstaltungstour mit Sephanie Basile (New York City)

New York City – Glamour und Sweatshops

New York City ist eine der wenigen wirklichen Global Cities in den USA, Anziehungspunkt für Einwanderer aus aller Welt, Glitzermetropole und zugleich ein Ort, an dem Zentrum und Peripherie des kapitalistischen Weltsystems unmittelbar aufeinanderprallen. Die Gegensätze zwischen drinnen und draußen, arm und reich, etabliert und prekär spiegeln sich nirgendwo so deutlich wie in Ausbeutungsbedingungen der Hungerleider und Glücksritter, die zuletzt gekommen sind und sich - wie in allen global Cities- gefälligst hinten anzustellen haben. Die Fenster der Hochhausfassaden wollen geputzt werden; die Rasenflächen und Swimmingpools der urbanen Mittelklassen wollen gepflegt, ihre Babies gesittet, und die edlen Restaurants, in denen die Reichen und Schönen dinieren, beliefert werden.

Waren es vor hundert Jahren die Iren, Polen und Italiener, die nach New York kamen, um mit solchen Jobs ihr Überleben zu sichern, die rassistisch ausgegrenzt und von der offiziellen Gewerkschaftsbewegung als „unorganisierbar“ abqualifiziert wurden, sind heute Einwanderer aus Lateinamerika und Asien an ihre Stelle getreten.

Charakteristisch dafür ist die Lebensmittelbranche und in diesem Fall besonders jener Bereich, der die Lagerung und Lieferung von Lebensmitteln für gehobene Restaurants betrifft. ArbeiterInnen aus Mexiko, Guatemala und anderen lateinamerikanischen Ländern verladen in der New Yorker Hafengegend Fisch und Meeresfrüchte in LKWs und fahren sie in Feinschmecker-Restaurants entlang der US-amerikanischen Ostküste.

Sie arbeiten mindestens 60 Stunden in der Woche, mitunter über 100 Stunden. Arbeiter bei HWH Trading etwa berichteten, sie würden für eine ca. 100-Stunden-Woche 400 Dollar erhalten, angesichts weiter Anfahrten und hoher Mieten und Lebenshaltungskosten ein Hungerlohn. Sie werden weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 5,85 USD bezahlt. Sie sprechen besser Spanisch als Englisch. Die meisten von ihnen sind illegale Einwanderer aus Lateinamerika. Wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren, droht ihnen nicht nur die Kündigung, sondern die Abschiebung. Kündigungsschutz, Krankenversicherung und Altersvorsorge sind hier unbekannt.

Ihre Arbeitgeber sind häufig Chinesen. Was sicherlich kein Zufall ist, denn China, die Schwitzbude der Weltökonomie, liefert nicht nur Meeresfrüchte zu unschlagbaren Preisen. Unschlagbar, weil in China Ausbeutungsbedingungen herrschen, von denen Europa noch glaubt, dass sie im 20. Jahrhundert überwunden wurden. In Wirklichkeit gehen uns die New Yorker Verhältnisse auch deshalb an, weil solche Verhältnisse unter der Oberfläche der offiziellen Wahrnehmung auch in Deutschland wieder existieren.

Auf diesem schwierigen Kampfterrain - illegale Einwanderer vs. Turbo-Kapitalisten - ist es den Industrial Workers of the World (IWW, auch Wobblies genannt) in New York gelungen, die ArbeiterInnen von bislang 10 Lager- und Großhandelsfirmen zu organisieren. Einige Unternehmer gaben ihr Geschäft auf, viele änderten ihre Namen. Oft sind gewerkschaftlich aktive ArbeiterInnen entlassen worden, mitunter gar die gesamte Belegschaft. Manche Unternehmer haben ihre Angestellten bei der Nationalen Einwanderungsbehörde denunziert.

Rahmenbedingungen der IWW-Kampagne

Im Jahr 2005 begann eine Organisierungskampagne der IWW, die von Anfang an darauf setzte, die Selbstorganisation der ArbeiterInnen zu unterstützen und direkte Aktionen mit möglichst breiter Unterstützung sowohl durch die Gewerkschaft als auch der Latino-Community in New York zu verbinden. Dabei arbeiteten die New Yorker Wobblies von Anfang an mit der lateinamerikanischen Community-Center-Organisation „Make the road by walking“ (Se Hace el Camino al Andar) zusammen, die inzwischen 5 unabhängige ArbeiterInnen- und Stadtteilzentren in Brooklyn, Bushwick, Queens und Staten Island betreibt.

Eine der Widersprüchlichkeiten im US-Arbeitsrecht ist, dass „illegale“ EinwanderInnen („undocumented workers“) zwar mit ihrer Abschiebung rechnen müssen, wenn sie in die Hände von Polizei und Einwanderungsbehörde fallen, zugleich aber – theoretisch! – das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und den US-Mindestlohn haben, wenn sie dies vor Gericht oder dem National Labor Relations Boardⁱ (NRLB) einfordern. Hierzu gehört allerdings die Anerkennung der Gewerkschaft als in dem jeweiligen Betrieb als vertretungsberechtigt. Dies wird in der Regel durch einen komplizierten Prozess erreicht (oder auch nicht), in dem die ArbeiterInnen eines Betriebes sich als Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft offenbaren und eine Abstimmung unter sämtlichen Beschäftigten einleiten müssen. Stimmt die Mehrheit der Beschäftigten dafür, sich von der betreffenden Gewerkschaft vertreten zu lassen – nach einer gewissen Frist, die es häufig den Bossen erlaubt, unbequeme Gewerkschaftsmitglieder in der Zwischenzeit unter allen möglichen Vorwänden zu feuern –, ist diese damit anerkannt. Gerade in kleineren Betrieben oder solchen, in denen ArbeiterInnen auf ungesicherter Basis oder ungeklärtem Aufenthaltsstatus arbeiten, kommt es allerdings selten dazu. Gerade die großen, mit dem Dachverband AFL-CIO oder deren Abspaltung „Change to win“ assoziierten Gewerkschaften haben häufig weder das Interesse noch die Fähigkeit, den notwendigen massiven Druck im Betrieb und auf der Straße aufzubauen, der nötig ist, um Kündigungen und Abschiebungen zu verhindern und den Anerkennungsprozess gemeinsam mit den ArbeiterInnen durchzustehen.

Streiks, Kündigungen und Picket-Lines

Die IWW in New York City legte seit 2006 einen ihrer Arbeitsschwerpunkte auf die Organisierungskampagne der LagerarbeiterInnen und hatte hier als kleine, militante Basisgewerkschaft mit besten Kontakten zu sozialen Bewegungen und Community-Organisationen deutlich bessere Voraussetzungen als die großen unbeweglichen Gewerkschaftsapparate. Zudem stellt die IWW, anders als die Mainstream-Gewerkschaften, keine Kosten-Nutzen-Rechnung auf: Was bringt mir eine Organisierungskampagne finanziell an zu erwartenden Mitgliedsbeiträgen? Was kostet sie?

Bis Ende 2006 hatten sich ArbeiterInnen in 5 Sweatshops der Lebensmittelbranche in der IWW organisiert. Am 18. Dezember 2006 schien ein wichtiges Teilziel in einem der Betriebe erreicht. Der Boss der Lagerhausfirma Top City stimmte nach mehreren Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen zu, ausstehende Löhne nachzuzahlen und die Gewerkschaft anzuerkennen, um einen weiteren, für den nächsten Tag anberaumten Streik zu vermeiden. Wenige Tage nach Weihnachten jedoch feuerte Top City 13 gewerkschaftliche organisierte Arbeiter, Amersino und Handyfat, zwei weitere Sweatshop zogen einen Tag später in einer offenbar abgesprochenen Aktion nach und entließen weitere 9 IWW-Mitglieder.

Damit begann eine neue Phase der Auseinandersetzung. Am 2. Januar 2007 zogen mehr als 50 ArbeiterInnen und deren UnterstützerInnen zu den Lagerhallen der drei betroffenen Firmen und hielten dort lautstarke Kundgebungen ab. Die IWW mobilisierte, zusammen mit „Make the road by walking“ und den „Students for a democratic society“ (SDS), monatelang massiv die Unterstützung von sozialen Bewegungen und progressiven Milieus der Stadt. Mit Erfolg, wie sich zeigte. Bereits Mitte Januar 2007 hatten allein in Brooklyn 8 Restaurants angekündigt, ihre Lebensmittel nicht mehr von Top City, Amersino oder Handyfat zu beziehen.

Boykottaktionen

Neben Streiks und Kundgebungen in und vor den jeweiligen Betrieben wurde das Mittel des Boykotts im Laufe des Jahres 2007 zu einem wichtigen Mittel des Kampfes. So wurden kontinuierlich Restaurants entlang der Ostküste bedrängt, keine Meeresfrüchte und Fische von Ausbeutern abzunehmen, die gewerkschaftsfeindliche Praktiken anwenden. Hier lag die Achillesferse der Großhändler. Unter ihren Abnehmern waren viele gehobene

Restaurants bis hin zur Luxus-Klasse. Und welcher Gourmet will schon mit hässlichen Geschichten rund um die Herkunft seines Hummers belästigt werden? Das verdirbt den Appetit. Dies erhöhte die Bereitschaft der Bosse deutlich, Kündigungen zurückzunehmen, Löhne nachzuzahlen und die Gewerkschaft anerkennen. Die Boykottkampagnen sind häufig damit verbunden, auch vor den entsprechenden Restaurants kleine aber laute Kundgebungen abzuhalten und Restaurantgäste am Tisch mit Flugblättern zu belästigen. Sie beschränken sich nicht nur auf New York City und die Ostküste der USA, wo IWW-Gruppen verschiedene Restaurants angingen. Bis nach Europa reichen die Handelsbeziehungen der Ausbeuterklitschen. So beliefert etwa Wild Edibles die Restaurants der Do & Co-Kette, die unter anderem das Restaurant im British Museum in London, diverse Restaurants in österreichischen Spielcasinos, Wiener Yuppieläden und das Restaurant der „BMW-Welt“ am Hauptsitz des gleichnamigen Automobilkonzerns in München betreibt.

Um gefeuerte ArbeiterInnen finanziell zu unterstützen und um Gerichtsprozesse führen zu können, gründete die IWW im letzten Jahr eine Stiftung. Zuvor waren aus der Kasse der IWW New York City und durch Spenden fünfstellige Dollar-Beträge aufgebracht worden, um streikenden und gefeuerten ArbeiterInnen das Bestreiten ihrer monatlichen Kosten zu ermöglichen.

Prozesse

Ferner waren die IWW und ihre Anwälte vor Gericht erfolgreich. Bereits im März 2007 war Amersino durch das NRLB dazu verurteilt worden, gefeuerte Arbeiter weiterzubeschäftigen und Löhne auf der Grundlage des US-Mindestlohns nachzuzahlen. Und auch bei weiteren Sweatshops zahlte sich die Dreifachstrategie aus direkten Aktionen, Boykottkampagnen und gerichtlichen Schritten aus. Im September 2007 wurde Handyfat dazu verurteilt, 9 entlassene Arbeiter wieder einzustellen. Und im Mai 2008 schließlich wurde Handyfat (inzwischen in HDF Trading umbenannt) zur Zahlung von 360.000 USD an sechs Arbeiter verurteilt. E-Z Supply wurde zur Zahlung von insgesamt 1.068.000 USD an dreizehn ArbeiterInnen verurteilt und änderte daraufhin - in einem fadenscheinigen Manöver - seinen Namen in Sunrise Plus, um die Zahlung zu umgehen. Bei Giant Big Apple erhielten fünfzehn ArbeiterInnen insgesamt 325.000 USD. HWH änderte im Laufe der IWW-Kampagne zweimal seinen Namen bis der Laden - dessen Arbeitsbedingungen ehemalige Arbeiter als „sklavenhalterähnlich“ beschreiben - schließlich Ende 2007 endgültig dichtmachte, weil die Chefs einer Verurteilung zu gigantischen Lohnnachzahlungen entgehen wollten und weil aufgrund von Image-Problemen zahlreiche Lieferkunden abgesprungen waren. Weitere Großhändler, die derzeit unter IWW-Beschuss stehen, heißen Top City Produce und Wild Edibles. Insgesamt umfasst die IWW-Kampagne momentan 10 Lagerhausbetriebe.

Momentaner Brennpunkt der Kampagne: Wild Edibles

Wild Edibles, ein genuin US-amerikanisches Unternehmen, liefert Fisch und Meeresfrüchte an Restaurants, die zu den teuersten und besten New Yorks gehören. Die Schichten beginnen um 2 Uhr nachts und gehen in der Regel bis zum späten Nachmittag des darauffolgenden Tages. Neben überlangen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen kennzeichnen rassistische Diskriminierung von ArbeiterInnen, Druck und Angst das Arbeitsklima.

Ein früherer Arbeiter stellte beim Vergleich der Arbeitszeiten seiner KollegInnen fest, dass lateinamerikanische ArbeiterInnen bis zu 12 Stunden am Tag ohne längere Pausen arbeiten müssen, während solche angloamerikanischer Herkunft in der Regel nicht mehr als 8 Stunden arbeiten. Überstunden werden nicht bezahlt, Getränke, die bei der harten Arbeit unerlässlich sind, müssen von MigrantInnen bezahlt werden, von den anderen nicht. Beschwerden über unfaire Behandlung wurden vom Besitzer des Unternehmens, Richard Martin, konsequent ignoriert, die Fluktuation unter den Beschäftigten ist hoch, weil nur wenige den Stress und die psychische Belastung in diesem Job länger als ein oder zwei Jahre aushalten.

Seit dem Spätsommer 2007 bemüht sich die IWW zusammen mit der, unter Beteiligung New Yorker Wobblies im selben Jahr gegründeten, Kampagnen- und Rechtsschutzorganisation „Brandworkers International“ darum, Unterstützung für ArbeiterInnen bei Wild Edibles zu organisieren. Etliche sind der IWW beigetreten. Kurzfristig führte dies dazu, dass mehrere ArbeiterInnen entlassen wurden und andere massiv unter Druck gesetzt und am Arbeitsplatz bespitzelt wurden. Seitdem haben wiederholt IWW-Kundgebungen vor dem Lagerhaus des Unternehmens stattgefunden, zugleich wurden Arbeitsgerichtsklagen angesprochen und Restaurants ins Visier genommen, die von Wild Edibles beliefert werden.

Schon im Dezember 2007 schätzten IWW-Aktivisten die Verluste des Unternehmens durch Restaurants, die die Geschäftsbeziehungen mit dem Sweatshop inzwischen einstellten, auf ca. 1 Million Dollar jährlich. Bis Ende April 2008 hatten mehr als 20 Mehr-Sterne-Restaurants allein in New York City dies getan. Weitere folgten seitdem und ließen diese Zahl auf 33 anwachsen, Mitte Juli erst die im Künstlerviertel Greenwich Village hochangesehene „Storied Village Eatery“. Aber Wild Edibles-Chef Martin scheint wild entschlossen zu sein, lieber unterzugehen, als eine Gewerkschaft in seiner Firma zu akzeptieren und ArbeiterInnen erträgliche Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Bereits im Dezember letzten Jahres war er von einem Bundesgericht dazu verurteilt worden, entlassene Arbeiter wieder einzustellen und die rassistische Diskriminierungspraxis gegenüber lateinamerikanischen ArbeiterInnen in seinen Lagerhäusern und Feinkostgeschäften zu beenden – ein Urteil, das er bis heute ignoriert, ebenso wie 2 ähnliche Urteile die IWW und Brandworkers International vor dem National Labor Relations Board erwirkten. Am 29 Juli meldete Martin offiziell Konkurs an, um sich vor weiteren rechtlichen Maßnahmen zu schützen. Angeblich hat der einst hoch profitable Feinkostlieferant inzwischen über Millionen Dollar Schulden aufgehäuft. Seine Geschäfte und Lagerhäuser aber sind weiter in Betrieb. Und so werden die Wobblies und ihre BündnispartnerInnen den umtriebigen Inhaber weiterhin im Auge behalten müssen.

Ausblick

Die Organisierungsbemühungen der ArbeiterInnen in den Lagerhäusern der New Yorker Lebensmittelbranche gehen weiter. Unternehmen geben sich neue Namen um Zahlungen zu vermeiden, andere schließen ganz, dafür schießen neue wie Pilze aus dem Boden. Die ArbeiterInnen – ob sie nun in dem einen Unternehmen erfolgreich sind oder in dem anderen scheitern – lernen aus diesen Kämpfen und gewinnen an Selbstbewusstsein. Möglich ist dies nur, weil sie selber aktiv im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen. Es gibt UnterstützerInnen von außerhalb, aber keinen Gewerkschaftsapparat, der stellvertretend für sie handelt. Die IWW hat keine hauptamtlichen Funktionäre, nur ein paar ehrenamtliche Organisierer, die jeden Schritt zusammen mit den ArbeiterInnen des jeweiligen Betriebes gehen. Die Gewerkschaft, das sind die ArbeiterInnen selbst und das ist – neben dem Bezug auf soziale Bewegungen und selbstorganisierte Stadtteilzentren – der entscheidende Punkt, der dazu führt, einen längerfristigen Organisationsprozess zu entwickeln, der praktische Emanzipation bedeutet.

Insofern könnte die Kampagne der New Yorker Wobblies auch für ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen hierzulande interessant sein, denn die Frage, wie Prekäre, SchwarzarbeiterInnen und Illegale sich offensiv organisieren können, ist weitgehend ungelöst. In Brooklyn ist man auf diesem langen und schwierigen Weg schon zwei oder drei Schritte gegangen.

Kontakt und weitere Infos:

Lutz Getzschmann, iww-germany@gmx.net

Heiner Stuhlfauth, stuhlfauth@wobblies.de

- i Nationale Behörde für Arbeitsbeziehungen, 1935 im Zuge des New Deal unter Roosevelt eingerichtet, um den Gewerkschaften zur Anerkennung zu verhelfen und sie einzubinden.